

3522/AB XXII. GP

Eingelangt am 22.12.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für auswärtige Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Christine Lapp, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. November 2005 unter der Nr. 3577/J-NR/2005 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Erhöhung der Behindertenplanstellen im Zuge der EU-Präsidentschaft“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Es wird auf die Anfragebeantwortung durch den Herrn Bundeskanzler (3576/J-NR/2005) verwiesen.

Zu den Fragen 2 und 3:

Für die Zeit der Vorbereitung auf und während der Zeit der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wurden keine Leiharbeitskräfte, sondern im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung zur befristeten Überschreitung des Stellenplans Vertragsbedienstete mit Sonderverträgen aufgenommen. Im Rahmen dieser befristeten Zusatzarbeitskräfte wurde im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bereits vor Beginn der EU-Troika ein behinderter Mitarbeiter bis zum Ende der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eingestellt.